

# Aktionstag gegen die islamische Kolonisation!



Ist es nicht längst Zeit für einen gemeinsamen Aktionstag gegen die islamische Kolonisation? Sollte man nicht endlich deutschlandweit, vielleicht sogar europaweit einen solchen Aktionstag ins Leben rufen, einen Tag, an dem alle Deutschen und Europäer gemeinsam ein Zeichen gegen die islamische Kolonisation setzen? Die Linken haben ihren „1. Mai“ – wo bleibt unser „1. Juni“? Fünf Argumente seien den PI-Lesern zur Diskussion gestellt.

*(Von Septimus)*

## **Zeichen setzen!**

Was in Deutschland und Europa geschieht, ist ein politisches Verbrechen. Unsere Regierungen haben jedes Maß verloren. Sie haben sich in ein radikales Projekt hineingesteigert: die vollständige ethnische und religiöse Umgestaltung Deutschlands und Europas durch Massenansiedlung von Personen aus dem Vorderen Orient, Nordafrika und anderen Ländern der Dritten Welt. Besonders rücksichtslos wird die Ansiedlung des Islam betrieben – einer gefährlichen religiösen Ideologie, die Menschen in zwei Klassen einteilt und sich offen zur Gewaltbereitschaft bekennt. Unsere Regierungen werden bei der Umsetzung dieser islamischen Kolonisation nicht innehalten. Sie werden diese Kolonisation weiter vorantreiben, bis die

Deutschen und alle anderen Europäer in ihren eigenen Städten, in ihren eigenen Ländern zu ethnischen, religiösen und politischen Minderheiten geworden sind. Diese letztendliche Konsequenz des staatlichen Handelns ist ein schweres Unrecht. Niemand hat das Recht, Deutsche, Franzosen, Briten und Holländer einer Fremdbestimmung zu unterwerfen, sie in ihren eigenen Ländern zu entmachten, ihnen ihr eigenes Land zu nehmen. Gegen dieses Unrecht gilt es, aktiv zu werden: an einem festen Aktionstag, jedes Jahr aufs neue ein Zeichen zu setzen gegen das Unrecht der islamischen Kolonisation Europas. Wir wollen nicht durch Schweigen und Tatenlosigkeit mitschuldig werden an einem politischen Verbrechen.

### **Gemeinsamkeit!**

Was in Deutschland und Europa geschieht, geht alle Deutschen und Europäer gleichermaßen an. Wir haben vieles, was uns trennt: unterschiedliche Sprachen, eine unterschiedliche Geschichte, unterschiedliche Mentalitäten, unterschiedliche Traditionen, unterschiedliche politische Überzeugungen. Aber von der islamischen Kolonisation sind wir alle gemeinsam betroffen. Wir alle werden als Deutsche und Europäer kolonisiert. Man wird uns als Deutsche und Europäer allein aufgrund unserer ethnischen Abstammung zu Menschen zweiter Klasse machen: Menschen mit weniger Rechten als andere. Es ist völlig unerheblich, ob wir politisch links oder rechts sind, katholisch, protestantisch oder anglikanisch, welchen Parteien und Verbänden wir angehören, ob unsere Großeltern Nazis waren oder Nazis bekämpft haben, ob wir Deutsch, Französisch, Englisch oder Holländisch sprechen: Durch die islamische Kolonisation und die Entschlossenheit unserer Regierungen, diese Kolonisation weiter voranzutreiben, sind wir alle gemeinsam gefährdet. Ein gemeinsamer Aktionstag gegen die islamische Kolonisation ist daher auch ein Symbol für die Gemeinsamkeit unserer Betroffenheit und die Gemeinsamkeit unserer Abwehr.

### **Einsatzbereitschaft!**

Die politische und wohl auch physische Gefährdung, der wir durch die islamische Kolonisation ausgesetzt werden, werden wir nicht durch Zurückweichen und den Rückzug ins Private überwinden. Es gibt keine Möglichkeit zur Flucht. Die Gefährdung wird jeden einholen, der versucht vor ihr wegzulaufen. Sie wird eines Tages an jedermanns Haustür klopfen. Die Gefährdung werden wir nur überwinden, indem wir gegenhalten, indem wir Einsatzbereitschaft zeigen, Mut und Tatkraft. Diese Einsatzbereitschaft zu zeigen, im eigenen Rahmen etwas zu tun und sei es auch nur ein kleiner Beitrag zum großen gemeinsamen Ziel – genau darum soll es bei einem gemeinsamen, deutschland- und europaweiten Aktionstag gehen.

### **Ausdauer!**

Wer Deutschland und Europa vom islamischen Kolonialismus befreien möchte, soll nicht erwarten, dass dies von heute auf morgen geschieht. Was die vergangene Generation und die heutigen Machthaber in Deutschland und Europa angerichtet haben, wird sich nicht innerhalb weniger Jahre überwinden lassen. Es wird Generationen dauern. Die sozialistische Bewegung begeht seit über 100 Jahren ihren 1. Mai. Ob ein „1. Juni“ oder ein anderer neutraler Symboltag: Es ist an der Zeit, eine politische Tradition ins Leben zu rufen, die ebenfalls über 100 Jahre Bestand haben wird!

### **Aufbruch!**

Ein gemeinsamer Aktionstag ist ein Zeichen zum Aufbruch, ein Zeichen zur Selbstbefreiung: raus aus der Bequemlichkeit, raus aus der inneren Emigration, raus auf die Straße! Sich zu Wort melden, den Mund aufmachen, etwas tun, einen Beitrag leisten, mitanpacken! Öffentlich werden, jeder auf seine Weise! Und nach vorne sehen: Unsere Eltern haben den Grundstein gelegt für die Zerstörung Europas. Wir wollen den Grundstein legen für eine Wiederherstellung Europas!

---

# Bundesbank holt Gold zurück



Zugeben will es bei

der Bundesbank niemand, aber mit ihrer Gold-Rückholaktion *reagiert sie auf die misstrauische Debatte in Teilen der Öffentlichkeit*, ob der Goldschatz denn überhaupt noch vollständig vorhanden ist. Auch [PI hat mehrfach die Lagerung kritisiert](#). Künftig soll die Hälfte des Goldes in Frankfurt gelagert werden. Das in Paris gelagerte Gold wird vollständig, das in New York gelagerte Gold zu einem kleineren Teil nach Deutschland geschafft. In London und New York sollen auf Dauer 50 Prozent verbleiben.

Gleichzeitig [wird das heimgeholte Gold](#) in Stichproben getestet. Die Welt [macht alles lächerlich](#), das Ausland sieht aber zurecht eine Vertrauenskrise. Der [Telegraph schreibt beispielsweise](#) von

*an extraordinary breakdown in trust between leading central banks and has set off ferment among gold enthusiasts, with some comparing it with France's withdrawal of gold from the US under President Charles de Gaulle as the Bretton Woods currency system crumbled in the late 1960s.*

In der Tat – wir haben allen Grund, misstrauisch zu sein!

---

# Algerien/Mali: Islam-Terror kidnappt Europäer



In Algerien sind 41 europäische Ölarbeiter von islamischen al-Qaida Terroristen gekidnappt worden, [die aus Mali kamen](#), wo bereits Franzosen kämpfen und ein deutsches Transportflugzeug helfen soll. Das Interessante neben dem Mali-Konflikt ist die Tatsache, dass die Grossmacht EU keine [eigene nennenswerte Energie](#) mehr hat, und gleichzeitig etwa im Desertec-Projekt davon träumt, aus der Sahara Sonnen- und Windenergie zu beziehen. Riesige Leitungen sollen den Strom nach Europa transportieren. Keiner der [hochrangigen Schwätzer](#) hat den islamischen Terror je thematisiert! Sichere Energie aus der Sahara? Ein Hirngespinnst!



# EU: Fünf Milliarden Euro für die Moslembrüder



Am Sonntag hatte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zusammen mit einigen Finanzinstituten der ägyptischen Regierung Hilfgelder in Höhe von [5 Milliarden Euro angeboten](#), um den „Übergang zur Demokratie“ in Ägypten zu unterstützen, berichtet die niederländische Zeitung Elsevier. Van Rompuy begründete die Entscheidung damit, dass Ägypten das Geld brauche, weil die Demokratie durch politische Unruhen und wirtschaftlichen Druck zum Stehen gekommen sei. ([Siehe auch Deutsch Türkische Nachrichten!](#))

---

**Tagesthemen** **über**  
**Handabschneiden in Mali**



Erstaunlich, wie offen die ARD Tagesthemen in ihrer Sendung gestern Abend um 22:15 Uhr über die islamische Bereicherung in Mali berichteten: Es wurde sogar das öffentliche Abschneiden der Hand eines Diebes gezeigt und dokumentiert, dass dies gemäß der Scharia, dem islamischen Recht, geschieht. Allerdings verpixelte man die grausamen Szenen. Alkohol ist ab sofort verboten und wird in großem Umfang vernichtet, „unislamische“ Heiligtümer werden zerstört. Waffen sollen hauptsächlich aus Libyen kommen, das Geld verdienen die Jünger Allahs durch Geiselnahmen und Drogenschmuggel.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Die frommen Moslems in Mali führen das Handabschneiden öffentlich vor großem Publikum durch und zeigen die abgeschnittene Hand triumphal den vielen Zuschauern, schließlich ist es der Wille Allahs:



Alkohol wird von den Rechtgläubigen korankonform geächtet und in großem Umfang vernichtet.



Die Allah-Jünger wollen ganz Mali unter das Joch Allahs zwingen.



Viele Rechtgläubige sind aus Mauretanien und Algerien nach Mali gekommen, um den Dihad zu unterstützen.



In der [ARD-Mediathek](#) ist der Horror-Beitrag über Mali gleich am Anfang der Sendung zu sehen. Zunächst geht es um den französischen Militäreinsatz und ab 5'00 über die Dihadisten.

*(Spürnase: Calimero)*



---

# CDU-Börnsen: „Hände weg von Kinderbüchern“



Es kommt selten genug vor, dass man eine CDU-Pressemitteilung noch ohne großen Kommentar einfach so auf PI veröffentlichen kann. Wenn es doch mal noch der Fall ist, sind meist alte oder ausscheidende MdBs im Spiel. So ist es auch aktuell mit der Wortmeldung des medienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, dem 70jährigen Wolfgang Börnsen (Foto), der im Herbst seinen Job an den Nagel hängt. Dieser erklärte heute in einem [offenen Brief über das Presseportal](#) der Fraktion:

*In vielen klassischen Kinderbüchern und Märchen werden Gewalt verherrlicht, Minderheiten diskriminiert und Vorurteile aufgebaut. Natürlich gehört nach unserer heutigen Auffassung eine Hexe nicht in den Ofen, die Buben nicht in das Tintenfass und Max und Moritz wie Michel Lönneberga sollten sich stets friedlich, freundlich und pädagogisch beispielgebend verhalten.*

*Aber trotzdem ist es nicht angebracht, diese Kinderbücher begrifflich zu glätten und sogenannte Nachbesserungen vorzunehmen, damit sie unserem Zeitgeist entsprechen. Auch für die Literatur für die junge Generation gilt ein Respekt vor den Originalen, eine Achtung vor der Autorin und dem Autor. Und auch für Kinderbücher und Märchen hat das*

*Urheberrecht zu gelten. Es gibt keinen Grund, aus erzieherischen Interessen eine „Säuberung“ vorzunehmen. Damit nimmt man eine Bevormundung der Eltern und Familien vor, weil offensichtlich Gutmeinende ihnen und ihrem Verantwortungsbewusstsein misstrauen.*

*Die Moralisten, die sich auf den Weg machen, der Kinderliteratur Vorschriften zu machen, sollten mehr Toleranz zeigen. Was wirklich von Schaden für Heranwachsende sein kann, sind die täglichen Begleiter in TV-Sendungen, in den Computerspielen, die voll von Gewalt, Vorurteilen und heute oft auch voll von Rassismus sind. Diese Bilder zeigen nachweislich Wirkung.*

Eigentlich überflüssig zu ergänzen, dass dies eine schallende Ohrfeige für die Totalausfall-Familienministerin Kristina Schröder ist. Diese tat zuvor öffentlich kund, dass sie ihrer Tochter Worte wie „Neger“ und „Zigeuner“ in den Kinderbuchklassikern nicht vorlesen würde.

---

## **Gericht: Bank darf rechte Kunden diskriminieren**

☒ „Wenn Argumente fehlen, kommt meist ein Verbot heraus.“ (Oliver Hassencamp). So dachten es sich wohl auch die vom Steuerzahler gestützten Zocker von der Commerzbank, als sie „aus grundsätzlichen Erwägungen“ dem rechten Verlag Lesen&Schenken das Girokonto kündigten.

*(Von Étienne Noir)*

Die Commerzbank wurde mit [18,2 Milliarden Euro](#) vom

[Steuerzahler](#) gerettet. Als Dank machte die Bank [mit enormen Überziehungszinsen](#) auf sich aufmerksam. Man könnte also etwas mehr Demut von solch einem Finanzinstitut erwarten. Doch stattdessen schwingen sich die Gauner in den gläsernen Türmen auf, den Moralapostel zu spielen und ganz im stalinistischen Sinne des linksliberalen Establishments zu entscheiden, wer ein Konto führen darf und wer nicht.

Der Verlag hatte geklagt und vor dem Bundesgerichtshof eine Niederlage einkassiert. Die Bank, so das Gericht, könne frei entscheiden, mit wem sie Geschäfte mache. Ob die Entscheidung auch so ausgefallen wäre, wenn es um einen kurdischen Kulturverein, die SPD, einen Antifaverein oder der Moscheegemeinde gegangen wäre? Wohl kaum.

„Es bestand keine Pflicht, die Kündigung in irgendeiner Weise zu begründen“, sagte der Vorsitzende Richter Ulrich Wiechers laut [Berliner Zeitung](#). Die Prinzipien aus dem Miet- oder Arbeitsrecht ließen sich nicht auf Verträge über Girokonten übertragen. Die Bank sei nicht verpflichtet, jede Ungleichbehandlung verschiedener Kunden zu rechtfertigen (Az. XI ZR 22/12). Auch gebe es keine Umstände, weshalb die Kündigung „rechtswidrig oder schikanös“ sei, bestätigten die Karlsruher Richter. Die Unannehmlichkeiten, die ein Wechsel der Bankverbindung mit sich bringe, müsse Lesen&Schenken hinnehmen.

So so, Ungleichbehandlung ist also in Ordnung, solange die Ungleichbehandlung nur diejenigen trifft, die sowieso ausgegrenzt werden. Das erinnert an totalitäre Regime. Dort werden auch Oppositionelle mit allen Mitteln bekämpft und auch dort findet sich immer ein Winkelakrobat, der im Zweifel jeden Rechtsgrundsatz in das Gegenteil umwandelt. Hauptsache es passt den Machthabern.

---

# Arabischer Frühling: Rückschritt oder Hoffnung?



Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Begeisterung sich die evangelische Kirche mit Fragen rund um den Islam beschäftigt und ein Forum für islambegeisterte Redner bietet. Wahrscheinlich hat sie selbst nicht mehr viel zu vermelden. Vor allem ausgediente Pensionäre sehen hier häufig die Chance, mit „sachdienlichen“ Vorträgen noch einmal ins Ego-kitzelnde Licht der Öffentlichkeit treten zu können und sich als wertvolle, zuweilen gerne auch mal wohlwollend-kritische Vertreter der multikulturellen Gesellschaft zu profilieren.

*(Von Verena B., Bonn)*

So beschäftigte sich [Wolfgang Ule](#) (Foto oben), langjähriger Leiter von Goethe-Instituten in der arabischen Welt und Mitglied der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft (die die [jordanische Kultur und Lebensart](#) in Deutschland bekannter machen möchte) in der nahe bei Bonn liegenden Pecher Winterakademie mit dem Umbruch in der arabischen Welt und stellte den Zuhörern in der evangelischen Kirche die tiefsinnige Frage: „Umbruch in der arabischen Welt: Rückschritt oder Hoffnung?“ Gleich gibt er dann auch die Antwort: „Ein islamischer Staat ist keine Lösung.“ Ach so.

Wussten wir eigentlich schon.

Der [Bonner General-Anzeiger](#) war natürlich wieder mal dabei und berichtet in seiner Ausgabe vom 15. Januar 2012:

*Die richtige Antwort könne „nur die Erfahrung geben“, so Ule. Allerdings müsse man sich fragen, „ob die Demokratie, die in unseren Breiten über viele Jahrhunderte, fast Jahrtausende gewachsen ist, das ist, was für alle anderen Erdbewohner das Richtige ist“, sagte Ule. Der Nah-Ostexperte leitete mehr als 35 Jahre lang Goethe-Institute in Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Libanon, Syrien und Jordanien und ist bis heute ein aufmerksamer Beobachter der jüngsten Entwicklung.*

*Detailliert berichtete Ule vor rund 100 Zuhörern über Geschichte und Umwälzungen im arabischen Raum bis hin zum so genannten „Arabischen Frühling“, der 2010 in Tunesien seinen Ausgang genommen hatte. Sein besonderes Augenmerk galt allerdings Ägypten, dem immer wieder eine besondere Schlüsselrolle in der Region zufalle. Eine Hoffnung für die Zukunft der Staaten Libanon, Syrien, Jordanien und Irak sah Ule nur in der Bildung einer einheitlichen Region, die dann wirtschaftlich und politisch ein Machtfaktor und wichtiger Handelspartner für den Rest der Welt sein könne. Die Region stehe im Moment vor einem Scherbenhaufen. Ules Fazit: „Als diese Länder ihre Unabhängigkeit erlangten, bekamen sie Gesellschafts- und Verfassungsmodelle mit auf den Weg, die nichts mit ihrer Kultur und Tradition zu tun hatten. Als dann die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderging und als Machthaber versuchten, die Probleme durch diktatorische Mittel in den Griff zu bekommen, fragte man sich, ob es nicht auch eine andere, gerechtere Staatsform gibt. Und in den Ländern mit einer großen islamischen Mehrheit war das Nächstliegende der Ruf nach einem islamischen Staat“, sagte Ule.*

Bezeichnend hierzu war die Aussage, die in diesem Zusammenhang

ein Rechtgläubiger in einer TV-Berichterstattung über den „Arabischen Frühling“ machte. Auf die Frage, was er denn von der Einführung der Demokratie in seinem Land hielte, gab er zur Antwort: „Demokratie finde ich gut, aber natürlich unter der Scharia!“

Auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt hält Demokratie für nicht so wichtig. In der Sendung: „Helmut Schmidt und Peer Steinbrück zu Gast bei Günter Jauch“ am 30.10.2011 meinte er, „man dürfe mit Blick auf Völker wie die Chinesen Demokratie nicht übermäßig idealisieren“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte es in ihrer Rede anlässlich der 60-Jahr-Feier der CDU am 16. Juni 2005 noch genauer: „Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“

Werden wir also eine islamische Republik, denn die Scharia ist die beste Staats- und Regierungsform zur Unterdrückung und Knechtschaft der Menschen. Dank islamhöriger Politiker sind wir auf dem besten Weg zur Verwirklichung dieser neuen Gesellschaftsform!

» Kontakt Wolfgang Ule: [thwdrule@t-online.de](mailto:thwdrule@t-online.de)

---

## **64.539 Asyl-Erstanträge im Jahr 2012**

Im Jahr 2012 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 64.539 Asyl-Erstanträge gestellt, 18.798 mehr als im Jahr 2011. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um etwa 41 Prozent. Insgesamt 8.764 Personen erhielten im Jahr 2012 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der

Genfer Konvention (14,2 Prozent aller Asylbewerber). Zudem erhielten 8.376 Personen (13,5 Prozent) sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz), darunter 5.480 Syrer. Der erneute Anstieg der Asylbewerberzahlen ist vor allem auf den vermehrten Zugang aus den Hauptherkunftsländern (insbesondere aus Serbien, Mazedonien, Syrien, Bosnien-Herzegowina und der Russischen Föderation) sowie auf die weiterhin hohen Zugangszahlen aus Afghanistan und dem Irak zurückzuführen. (Fortsetzung [der Bereicherung beim BMI hier!](#))

---



## **Video: Diskussionen am Salafisten-Stand, Teil 2**



Wenn die gefährlichen Bestandteile des Islams angesprochen werden, ergeben sich oft so haarsträubende Diskussionen, dass man bisweilen am gesunden

Menschenverstand zweifeln kann. Was alles zur Relativierung an den Haaren herbeigezogen wird, nur um das Christentum und die westliche Welt schlechtzureden, ist rational nicht mehr zu erklären. Gleichzeitig verschließen diese Leute geradezu zwanghaft ihre Augen vor der Gewaltorgie, die sich täglich durch Moslems weltweit über alle Andersgläubigen ergießt. Der zweite Teil ([hier Teil 1](#)) unserer Filmdokumentation am Salafistenstand ist ein Zeitdokument, das in einigen Jahrzehnten mit Sicherheit fassungsloses Kopfschütteln verursachen wird.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Zu Beginn des Videos geht es um [Rachid al-Ghannouchi](#), der in Tunesien Anfang der 90er Jahre als Extremist galt, da seine Ennahda-Bewegung in Terrorvorbereitungen verstrickt war. 1993 flüchtete er nach London, wo er bis 2011 Asyl erhielt. Als der sogenannte „arabische Frühling“ auch Tunesien einholte, durfte er zurückkehren und arbeitet jetzt fleißig an der Islamisierung seines Landes. Im vergangenen Oktober [wurde er heimlich gefilmt](#), wie er mit Salafisten die schrittweise Einführung der Scharia besprach.

Imam Idriz hat Ghannouchi in seinem Buch „Grüß Gott, Herr Imam“ als moslemisch-demokratisches Vorbild bezeichnet, obwohl jener ein glühender Bewunderer der Hamas ist und 2001 sogar Mütter von palästinensischen Selbstmordattentätern segnete. Bei der Diskussion mit den Salafisten in der Münchner Fußgängerzone ist hochinteressant, wie dieser Extremist verteidigt wird.

Der französische Moslem hatte in der Unterhaltung allerdings in einem Recht: Ghannouchi war wirklich nie in den USA, allerdings wegen der Tatsache, dass er dort als gefährlicher Terrorunterstützer galt und daher Einreiseverbot hatte.

Immer wieder geht es um die zentrale Frage, wie sich Moslems verhalten, wenn sie sich in der Mehrheit befinden. Der



Franzose stritt ab, dass sie dann der islamischen Ideologie gemäß nach der weltlichen Macht greifen und die Scharia einführen müssen. Bezeichnenderweise schwieg er bei meiner Frage, ob er bereit wäre, die Tötungsbefehle des Korans zu streichen.

In der Unterhaltung schaltete ich kurz auf mein rudimentäres Schulfranzösisch um, da ich dachte, ihn damit besser erreichen zu können. Ich erinnerte ihn an Mohammed Merah, der vergangenes Jahr in Toulouse sieben Franzosen, darunter drei jüdische Kinder, unter obligatorischem „Allahu-Akbar“-Geschreie per Kopfschuss tötete. Der Moslem wollte sich herausreden, dass dies nicht ihn betreffe, da schließlich Merah getötet habe, nicht er. Alles sei eine Frage der „Interpretation“ des Korans. Der Franzose sah partout nicht ein, dass die Ideologie des Islams für all das Töten verantwortlich ist. Wie die meisten Moslems weigert er sich einzusehen, dass wir deswegen diese zeitlos gültigen Tötungsbefehle unbedingt abschaffen müssen. Er versuchte lieber auf den vermeintlichen Krieg abzulenken, den die westliche Welt wegen „Öl“ gegen islamische Länder führe.

Spannend ist auch der etwas verwirrte Katholik, der sich in jede Diskussion drängt und permanent den Islam verharmlost. Der Koran sei eine Abschrift der Bibel, dort stehe das Gleiche, es gebe nur einen Gott, der Gott des Islams sei der gleiche wie der christliche, der Islam sei nicht für das Töten verantwortlich, der Papst würde schließlich auch islamische Länder besuchen und als Höhepunkt kam die seltsame Aussage:

*„Jeder Mensch, der verstorben ist, ist eine Sünde“*

Solche Leute belagern uns jeden Freitag und jeden Samstag. Es gehört unendlich viel innere Gelassenheit dazu, das alles zu ertragen.

Zur Sprache kommen in dem Video auch die [270 Millionen Opfer des Islams](#) seit Beginn des internationalen Djihads, als

mohammedanische Heere im Jahr 632 das Gebiet des heutigen Saudi-Arabien zur weltweiten Unterwerfung aller Ungläubigen verlassen haben. Als ich die Passanten die Zahl der Toten schätzen ließ, kam „eine halbe Million“ als Antwort. Viele Menschen haben keine Ahnung, mit was sie es zu tun haben, was aber auch kein Wunder angesichts der Dauerberieselung durch die vertuschenden Massenmedien ist.

Ein Passant behauptete voller Realitativierungsdrang, „Christen“ hätten schließlich auch 6 Millionen Juden umgebracht. Es ist unfassbar, was alles für ein Schwachsinn hervorgebracht wird, nur um den Islam aus der Kritik nehmen zu können.

Entlarvend auch der Moslem, der uns als Nazis diffamierte, das aber dann vor der Kamera nicht mehr zu wiederholen traute, sondern sich davonmachte und uns dabei noch den Mittelfinger entgegenstreckte.

Hier das Video:

*(Kamera: Calimero)*

---

## **Berlin: Türke richtet Ex-Frau in Bäckerei hin**



*In einer Bäckerei in Berlin-Neukölln hat am Mittwochmorgen ein Mann eine 38 Jahre alte Frau erschossen. Ihre 33-jährige Schwester wurde schwer verletzt. Der Verdächtige wurde noch am Tatort festgenommen, die Waffe sichergestellt. Wie die Berliner Morgenpost erfuhr, soll der Mann türkischer Herkunft beiden Frauen gezielt in den Kopf geschossen haben. ([Weiter in der Berliner Morgenpost...](#))*

---

## **Video: Pro Deutschland gegen die Salafisten**

» Weitere Infos von der Versammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland in Kreuzberg am 13. Januar 2013 auf [pro-berlin.net](http://pro-berlin.net)

---

## **Bayerischer Flüchtlingsrat**

# Treff für Linksextreme



Der Bayerische

Flüchtlingsrat dient linksextremen Kreisen als Betätigungsfeld und Tarnkappe für ihre tatsächlichen Bestrebungen und Aktivitäten. Dass der Organisation die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Fassade – und politischer Einfluss – möglich ist, hat vor allem damit zu tun, wie unkritisch, ja unterstützend, Mainstream-Medien den Flüchtlingsrat darstellen. Die Politik wird in der Folge von im bürgerlichen Gewand betriebenen Kampagnen der Antifa vor sich hergetrieben. ([Weiter auf Blu News...](#))

Siehe auch:

- » PI: [Aus der Höhle des Löwen](#)
- » PI: [Die Verstrickungen der Linksextremen in München](#)

---

## EGMR: Kein Kruzifix für Krankenschwester



Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat grundsätzlich das Recht christlicher Angestellter anerkannt, in der Öffentlichkeit eine Kette mit einem Kreuz zu tragen. Die Richter stellten bei einer Angestellten der Fluggesellschaft British Airways, der das Tragen einer Kreuzkette vom Arbeitgeber verboten worden war, eine Verletzung der Religionsfreiheit fest. Das geht aus dem nun in Straßburg verkündeten Urteil hervor. Der EGMR sprach der 61-jährigen Mitarbeiterin des Bodenpersonals eine Entschädigung von 2000 Euro zu. Nicht uneingeschränkt auf die Religionsfreiheit berufen kann sich jedoch eine Krankenschwester. Bei ihr würden die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften des Arbeitgebers stärker wiegen, urteilten die Richter. ([Siehe Spiegel!](#))

---

**Stadt Köln sagt  
Bürgeranhörung zu Asylheim ab**



Zu der Bürgeranhörung über ein geplantes Asylbewerberheim in Köln-Godorf, die für gestern angesetzt war ([PI berichtete](#)), kamen etwa 20 Aktivisten der Bürgerbewegung PRO KÖLN und informierten die Bürger über das, was auf sie zukommt. Das hohe Interesse der Bürger an einer Anhörung zu dem Thema stieß allerdings auf eine (gewollt oder ungewollt) schlechte Planung.

Der Raum für die Anhörung im Pfarrheim der St. Katharina-Gemeinde hätte vielleicht 20 Leute aufnehmen können, doch die ca. 150 Anwesenden mussten bis auf den Hof hinaus stehen.



Die teils sehr verärgerten Godorfer Bürger mussten also hinnehmen, dass die Stadtverwaltung und die Sozialdezernentin Henriette Reker (SPD) einen viel zu kleinen Raum für die

Anhörung vorgesehen hatte, was viele Unmutsbekundungen seitens der Versammelten auslöste, die sich bei Schneefall und glatten Straßen auf den Weg gemacht hatten, um ihre Anliegen vorzubringen. Schließlich wurde von der Veranstalterseite die Anhörung wegen Platzmangels abgesagt und man versprach, zeitnah in der Godorfer Realschule einen neuen Termin zu finden.



Der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerbewegung pro NRW, Jörg Uckermann (Foto l.), ließ sich davon nicht abhalten und hielt in seiner Eigenschaft als Stadtrat vor dem Pfarrheim eine sehr informative Rede zur Problematik des geplanten neuen Asylbewerberheims, das ungefähr drei Millionen Euro kosten soll, was der desolate Kölner Stadthaushalt nicht verkraftet.

Verkraften dürften die Bürger allerdings auch schwer die naturgemäß steigende Kriminalität, die die nähere Umgebung von Asylbewerberheimen erwartet. So berichtete zufällig eine anwesende Kölnerin von Überfällen auf sie selbst im Zusammenhang mit dem bereits bestehenden Heim im Kölner Süden.



Die Bürgerbewegung Pro Köln kündigte inzwischen an, auch bei dem neuen Termin in der Realschule Godorf, die ironischerweise direkt neben dem besagten Asylantenheim ist, anwesend zu sein und sich bei diesem unbequemen Thema für die Interessen der Bürger einzusetzen, die sich von der Kölner Regierung lediglich getreten, aber sicher nicht vertreten fühlen!



Kontakt:

[Stadt Köln](#)

Dezernat Soziales, Integration und Umwelt



Henriette Reker

Telefon: 0221-22129000

[henriette.reker@stadt-koeln.de](mailto:henriette.reker@stadt-koeln.de)